

A2 Entwurf für einen Beschluss der LAG Bildung zum Bericht der Expertenkommission „Empfehlungen zur Steigerung der Qualität von Bildung und Unterricht in Berlin“

Antragsteller*in: Imma Hillerich, Dirk Jordan, Hans-Jürgen Kuhn, Sibylle Volkholz (LAG Bildung)

Antragstext

1. Ohne Grundbildung mehr soziale Ungleichheit

So titelt die GEW-Zeitschrift: Erziehung und Wissenschaft im Novemberheft 2020 den Artikel über die von der GEW und dem Wissenschaftszentrum Berlin beauftragte Studie über „Das Recht auf Grundbildung und die Pflicht des Staats zur Sicherung des bildungsrechtlichen Existenzminimums.“

In diesem Sinne einer Grundbildung formuliert der Abschlussbericht der Köller-Kommission als zentrales gemeinsames Ziel für die Berliner Schule: Reduktion der Anteile der sogenannten Risikogruppe, d.h. von Schülerinnen und Schülern, die sprachliche und mathematische Mindeststandards nicht erreichen um mindestens 5 Prozentpunkte in den kommenden 5 Jahren.

Beides entspricht der sozialen Orientierung grüner Bildungspolitik. Schon in dem LDK-Beschluss von 2004 (Bildung neu denken) haben wir festgestellt. „Etwa 12 Prozent der SchulabgängerInnen verlassen die Schule ohne Hauptschulabschluss, von den Jugendlichen ohne deutschen Pass sogar nahezu 30 Prozent. Sie haben kaum eine Chance, auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Das beinhaltet erheblichen sozialen Sprengstoff und zeigt das Versagen des Bildungssystems, einen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit zu leisten.“ Dieser soziale Aspekt zieht sich durch alle unsere bildungspolitischen Beschlüsse.

In der rot-rot-grünen Koalitionsvereinbarung von 2016 wurde auf unser Drängen hin folgender Absatz aufgenommen. „Um die Leistungsfähigkeit der Berliner Schule zu stärken, die Qualität der Abschlüsse zu steigern und die Zahl der Schulabgänger*innen ohne Abschluss deutlich zu senken, soll eine abgestimmte Gesamtstrategie zur Qualitätssicherung entwickelt werden. Besonders unterstützt werden Schulen in belasteten Sozialräumen.“ Dies fordert nun erneut der Bericht der Köller-Kommission.

Wir selber haben in dem LAG-Papier vom Sommer 2019 formuliert: „Wer den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg mindern will, darf deshalb nicht länger hinnehmen, dass Kinder nicht richtig lesen und schreiben, nicht richtig rechnen können.“ Und in dem LDK-Beschluss vom November 2019 wurde das noch einmal bekräftigt: „Um mehr Chancengerechtigkeit zu gewährleisten, muss Schule sich so verändern, dass Qualität für alle Schüler*innen gesichert wird. Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass Kinder nicht richtig lesen und schreiben, nicht richtig rechnen können, wir wollen nicht hinnehmen, dass in Berlin immer noch rund 10 Prozent aller Schüler*innen die Schule ohne Abschluss verlassen und es in einzelnen Schulen sogar mehr als 20 Prozent sind.“

Auf dieser Grundlage unterstützen wir als zentrale Zielstellung für die Berliner Schule: Reduktion der Anteile der sogenannten Risikogruppe, d.h. von Schülerinnen und Schülern, die sprachliche und mathematische Mindeststandards nicht erreichen, um mindestens 5 Prozentpunkte in den kommenden 5 Jahren. Wir wollen die Grundbildung in der Berliner Schule für alle gesichert sehen.

41 Die Fokussierung auf das Ziel der Steigerung der Unterrichtsqualität bedeutet
42 keinesfalls den Verzicht oder eine Reduktion der Anstrengungen zur Umsetzung
43 aller anderen zum Auftrag der Berliner Schule gehörenden Kompetenzbereiche und
44 fächerübergreifenden Zielsetzungen. Letztlich ist auch die Zielerreichung in
45 allen anderen schulischen Lernbereichen davon abhängig, dass es gelingt
46 grundlegende sprachliche und mathematische Kompetenzen zu sichern.

47 Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es der auch von uns geforderten
48 „Gesamtstrategie“, d.h. alle

49 Grundschulen und Sek I Schulen analysieren die Daten und Informationen, die sie
50 über Kompetenzstände ihrer Schülerinnen und Schüler haben, bei Sek.I Schulen
51 ihre Abgängerzahlen ohne Abschluss. Sie legen in Abstimmung mit der
52 Schulaufsicht fest, welchen Beitrag ihre verschiedenen schulischen Aktivitäten,
53 pädagogischen Maßnahmen und Förderkonzepte zu besseren Lernerfolgen der
54 Schüler*innen und der Senkung der potenziellen oder tatsächlichen
55 Schulabgänger*innen ohne Abschluss leisten sollen. Dabei sollen möglichst
56 konkrete Ziele vereinbart werden. So bleibt die Möglichkeit eines breiten
57 schulischen Profils erhalten, aber die Zielstellung wird implementiert. Soweit
58 es noch keine gezielten Maßnahmen für diese Zielstellung gibt, werden diese
59 durch erprobte und wissenschaftsbasierte Maßnahmen ergänzt.

60 Die Schulaufsicht prüft bei allen für die Schulen vorgesehenen Unterstützungs-
61 und Begleitmaßnahmen, ob und wie das zentrale und gemeinsame Ziel verankert ist,
62 und sorgt dafür, dass Maßnahmen darauf ausgerichtet werden und die dafür
63 notwendigen Ressourcen gesichert sind.

64 Die Schulverwaltung sorgt dafür, dass alle zentral vorgehaltenen und gesteuerten
65 Instrumente und Systeme, die Frage der Grundbildung im Fokus haben.

66 2. Transparente und partizipative Prozesse bei der Umsetzung sichern

67 Nicht ohne Grund haben die Mitglieder der Expertenkommission festgestellt,
68 „...dass eine Abstimmung bzw. systematische Verzahnung einzelner Maßnahmen und
69 Entwicklungsvorhaben häufig nicht zu erkennen ist.“ Daraus abgeleitet wurde die
70 Forderung nach einer schlüssigen Gesamtstrategie und eine Klärung der
71 Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten, sowie eine höhere Verbindlichkeit bei
72 der Umsetzung einzelnen Maßnahmen.

73 Die Umsetzung der Empfehlungen der Expertenkommission stellt für die Berliner
74 Schulen eine große Herausforderung dar, bedeutet sie doch für viele Akteure in
75 Schulen, Schulaufsicht und -verwaltung erhebliche Veränderungen von Haltungen
76 und eingeübten Traditionen. Viele Vorschläge der Kommission müssen vor einer
77 Umsetzung konkretisiert werden, benötigen eine vergleichende Bewertung
78 hinsichtlich ihrer potenziellen Effekte und Kosten. Wenn Einigkeit im zentralen
79 Ziel besteht, sind durchaus auch alternative Vorgehensweisen denkbar. Es braucht
80 es eine kluge Gesamtstrategie, die die Implementation und den Prozess der
81 Veränderung gut kommuniziert und die Beteiligten stark einbezieht. Dafür sollte
82 der neu gegründete Beirat genutzt werden.

83 Die Erreichung des großen Ziels wird wesentlich davon abhängen, ob es gelingt
84 die Schülerinnen und Schüler, die Lehrkräfte und Schulleitungen einzubeziehen,
85 zu überzeugen und bei der Umsetzung wirksam und nachhaltig zu unterstützen. Eine
86 erfolgreiche Umsetzung der Empfehlungen würde ein wichtiger Schritt in Richtung

- 87 unserer eingangs beschriebenen Ziels sein und sollte von grüner Seite
88 konstruktiv begleitet werden.